

A1 1 Energieautarker Landkreis Roth bis 2030

Antragsteller*in: Christoph Leikam (KV Roth)

Text

1 Wir machen den Landkreis unabhängig von fossilen und hochgefährlichen
2 Energieträgern (Öl, Kohle, Atom). Das erreichen wir durch Umstellen der
3 Stromproduktion auf 100% erneuerbare Energie, Effizienzsteigerung und
4 Stromeinsparung. Die Wertschöpfung bleibt bei den Bürger*innen des Landkreises
5 Roth.

6 1.1 CO₂-Minderungsprogramm für Kommunen

7 Mit einem CO₂-Minderungsprogramm schaffen wir Anreize, bei
8 Modernisierungsmaßnahmen und Neuanschaffungen auf energieeffiziente Lösungen zu
9 setzen. Bereits heute haben einige Kommunen des Landkreises CO₂-
10 Minderungsprogramme auf den Weg gebracht. Hier streben wir einen interkommunalen
11 Austausch an.

12 Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen in allen diesen Bereichen eine
13 Vorreiterrolle einnehmen.

14 Dabei werden wir folgende Maßnahmen gezielt fördern:

- 15 → Beschaffung energieeffizienter Geräte
- 16 → Wärmeschutz – Austausch von Fenstern und Außentüre
- 17 → Einbau von Heizungsumwälzpumpen
- 18 → Errichtung solarthermischer Anlagen
- 19 → Errichtung von Klein-BHKWs
- 20 → Beschaffung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb

21 Durch diese finanziellen Zuschüsse fördern wir Energieeinsparungen und entlasten
22 langfristig den Geldbeutel der Bürger*innen im Landkreis.

23 1.2 Bürger*innengenossenschaften und Kommunen hebeln gemeinsam 10H aus

24 Der finanzielle Ertrag aus Bürger*innenenergiegenossenschaften hält die Gewinne
25 vor Ort und steigert die Identifizierung der Bürger*innen mit ihrer
26 Heimatkommune und dem Landkreis Roth. Bürger*innengenossenschaften sind eine
27 basisdemokratische Möglichkeit, die Blockadepolitik der CSU-Staatsregierung im
28 Bereich der Energiewende auf kommunaler Ebene zu durchbrechen.

29 Wir werden gemeinsam mit den Bürger*innen Bürger*innenenergiegenossenschaften
30 initiieren, bilden und unterstützen. Dadurch verteilen wir die Energiewende auf
31 viele Schultern und organisieren sie demokratisch und dezentral.

32 Durch die Überschreitung kommunaler Grenzen bei der Planung und Realisierung von
33 Windkraftanlagen werden wir Windkraft trotz der von der CSU eingeführten 10H-
34 Regelung auf demokratischer Basis und in interkommunaler Zusammenarbeit
35 realisieren.

36 1.3 Energiesparberatung und -bildung

37 Wir unterstützen und intensivieren bereits erfolgreiche Beratungsmodelle mit
38 Berater*innen vom Energiebündel und der ENA, die in den Haushalten mögliche
39 Einsparungen im Bereich Strom, Heizen und Lüften offen legen. Wir werden sie in
40 allen Kommunen des Landkreises ausbauen.

41 Wir schaffen Rahmenbedingungen, die über die einfache Energieberatung hinaus
42 Unternehmen unterstützen, die eine ständige Verbesserung des Energieverbrauchs
43 zum Teil ihrer Betriebsphilosophie machen. Dies gilt für den Eigenbetrieb und
44 für die Beratungstätigkeit beim Kunden.

45 Im Landratsamt wollen wir Kapazitäten freisetzen, um die Schulen bei der
46 Umsetzung von Energiesparprojekttagen beratend zu unterstützen. Darüber hinaus
47 setzen wir uns dafür ein, dass Lehrkräfte sich in diesem Bereich vor Ort
48 informieren und fortbilden können.

49 1.4 Netzzrückkauf zur Durchsetzung innovativer Energieeinsparung

50 Wir wollen den kommunalen Netzzrückkauf. Wege zu einem wirtschaftlichen Rückkauf
51 von Strom- und Gasnetzen werden wir intensiv prüfen und vorantreiben. Dies gibt
52 uns den nötigen Freiraum bei der aktiven Gestaltung der Energiewende vor Ort.

53 Die Strom- und Gasnetze wollen wir in einem interkommunalen Zweckverband des
54 Landkreises Roth wirtschaftlich für die Beteiligten betreiben.

55 Eigene Netze ermöglichen es uns, im Bereich Speichermöglichkeiten zukunftsfähig
56 zu sein. Wir setzen zukünftig auf innovative Lösungen, verteilt auf alle
57 Bürger*innen und Kommunen, z.B. Smart-Grids, PTG, Schwarmtechnologie.

58 1.5 Energieeinsparung im Verkehr

59 Wir setzen uns für eine Unterstützung von Car-Sharing-Modellen in Form von
60 Bürger*innengenossenschaften ein. Diese Genossenschaften gehen über kommunale
61 Grenzen hinaus. Interaktive Plattformen sollen die Möglichkeit zur Bildung von
62 Einkaufsfahrgemeinschaften schaffen. Um Verkehr zu vermeiden, stellen wir die
63 Verfügbarkeit von Handel und täglicher Versorgung auch im ländlichen Bereich
64 sicher.

65 Wir verbessern weiterhin eine flächendeckende Infrastruktur der E-Mobilität.
66 Kernpunkte sind hierbei funktionale und einheitliche E-Tankstellen für E-Autos
67 und E-Fahrräder sowie bevorzugte Standortauswahl für E-Parkplätze.

A2 2 Ökologie und Artenschutz – Gemeinsam für mehr Artenvielfalt und eine ökologische Zukunft

Antragsteller*in: Christoph Leikam (KV Roth)

Text

1 Um einen giftfreien Landkreis zu verwirklichen, setzen wir uns für ein Verbot
2 von Ackergiften wie Glyphosat oder Neonicotinoide auf kommunalen Flächen ein.
3 Dabei müssen kommunale Flächen weiterhin konsequent gentechnikfrei bleiben.
4 Öffentliche Grünflächen gestalten wir zu bienenfreundlichen Blühflächen um. Wir
5 wollen, dass die kommunalen Bauhöfe sich zur Beratung bei Pflanzungen,
6 Pflanzenpflege und Mahd mit ökologischen Verbänden wie Bund Naturschutz und
7 Landesbund für Vogelschutz vernetzen.

8 Wir werden in Kooperationen mit den örtlichen Gartenbauvereinen und Öko-
9 Verbänden Informationsveranstaltungen und Fortbildungsreihen zur
10 insektenfreundlichen Gartenpflege organisieren.

11 Wir werden die ökologische Landwirtschaft durch Diskussionsveranstaltungen und
12 Gesprächsrunden mit Landwirt*innen und Bürger*innen stärken. Bei kommunalem
13 Catering werden wir so weit wie möglich lokale ökologische Landwirte durch das
14 Beziehen ihrer Produkte unterstützen. Bei allen bezogenen Produkten gilt jedoch
15 der Grundsatz regional und saisonal.

16 Bei der Werbung für Höfe und Produkte durch z.B. Hoftage und Produkt des Monats
17 werden wir ökologisch wirtschaftenden Betrieben einen klar erkennbaren Platz
18 geben.

19 Wir werden durch Informationen für mehr Gewässerschutz entlang
20 landwirtschaftlicher Flächen werben.

21 Eine vielfältige Biotoplandschaft mit z.B. Wasser-, Sand- und Feuchtbiotopen
22 bauen wir gemeinsam mit den Öko-Verbänden aus, um vielfältige Lebensformen zu
23 ermöglichen. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf eine bessere
24 Vernetzung der Biotope durch neu zu schaffende Biotopkorridore. Wir machen uns
25 für eine Baumschutzverordnung für alle kommunalen und öffentlichen Flächen
26 stark.

27 Ausgleichsflächen aller Kommunen im Landkreis müssen katalogisiert werden und
28 die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben muss überprüfbar sein. Der Landkreis
29 kontrolliert die Vorgaben und fasst die Überprüfung aller Flächen im Landkreis
30 in einem Zweijahresbericht zusammen. Als Ausgleichsflächen akzeptieren wir nur
31 Flächen innerhalb unseres Landkreises.

32 Durch interkommunale Zusammenarbeit bei Gewerbegebieten und einem intelligenten
33 Flächenmanagement werden wir den Flächenverbrauch minimieren.

34 Kommunale Dächer werden mit Photovoltaik-Anlagen ausgerüstet. Wo dies nicht
35 möglich ist, wird eine Begrünung geprüft. Bei kommunalen Neubauten und neu
36 ausgewiesenen Baugebieten wird der Bau einer Photovoltaik-Anlage oder eine
37 Dachbegrünung verpflichtend.

A3 3 Nachhaltige Ortsentwicklung für lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Christoph Leikam (KV Roth)

Text

1 Wir von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN werden die Bürger*innen bei der Entwicklung
2 ihrer Kommunen und des Landkreises umfassend beteiligen. Frühzeitiger, echter
3 und gegenseitiger Austausch sowie demokratische Prozesse und mehr Transparenz
4 bei der Entscheidungsfindung steigern die Bindung der Menschen an ihre Kommunen.
5 So erhalten wir einen lebenswerten Landkreis.

6 3.1 Gemeinsam leben – lebenswerten Wohnraum schaffen

7 Wir werden uns gegen eine weitere Zersiedelung unserer Landschaft durch immer
8 neue und überdimensionierte Flächenausweisungen für Neubauten wehren. Wir wollen
9 statt dessen Kommunen des Miteinanders, in denen der Generationenwechsel im
10 Immobilienbereich von den Kommunen beratend begleitet wird. Deshalb unterstützen
11 wir eine kommunale Förderung für die Umwandlung von Einfamilienhäusern in
12 Mehrparteiengebäude, in denen sich die Generationen gegenseitig im Alltag
13 unterstützen können. So können Senior*innen im gewohnten Umfeld bleiben und
14 schaffen zusätzlichen Raum für die jüngere Generation. Darüber hinaus benötigen
15 wir für Senior*innen barrierefreien, gut an die lokale Infrastruktur
16 angebundenen Wohnraum. Zentrumsnahe Mehrparteien- und Mehrgenerationenhäuser
17 unterstützen eine Wiederbelebung der Ortskerne und stärken den sozialen
18 Austausch.

19 Allen Bürger*innen unserer Gemeinden wollen wir öffentlichen Raum zur Gestaltung
20 von sozialem und kulturellem Austausch zur Verfügung stellen.

21 Das ständige Ausweisen neuer Wohnbaugebiete trotz stagnierender, sinkender oder
22 auch minimal steigender Bevölkerungsentwicklung produziert wachsenden Leerstand
23 in den Ortskernen und verstärkt deren Verödung. Wir wollen gegenwärtigen und
24 künftigen Leerstand zunächst genau analysieren und in Zusammenarbeit mit
25 Expertinnen und Experten Möglichkeiten der Wieder- oder Weiterverwendung prüfen.
26 Eine enge Kooperation mit den Eigentümer*innen seitens der Kommunen ist nötig,
27 um aus unbewohnten Gebäuden wieder Wohnraum zu machen. Wir befürworten die
28 Unterstützung Umbauwilliger seitens der Kommunen auch durch praktische
29 Maßnahmen. Sollte dennoch neues Bauland benötigt werden, müssen weitere Anreize
30 geboten werden, die unbestehenden Flächen in den bestehenden Wohngebieten zu
31 bebauen, wobei der Erhalt von sauerstoff- und schattenspendenden Bäumen und
32 Grünflächen in den Städten zu berücksichtigen ist.

33 Wenn dennoch Flächen ausgewiesen werden, muss es dringend eine konsequente
34 Überwachung der Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen durch die Untere
35 Naturschutzbehörde des Landratsamtes geben.

36 3.2 Gewerbeflächen – ökologisch vertretbar

37 3.2.1 Gewerbe zurück in die Mitte

38 Wir werden uns in den Räten dafür einsetzen, dass kleinteilige Gewerbeeinheiten
39 in den Ortskernen gefördert und gestärkt werden. Wir wehren uns
40 gegenfortschreitenden Flächenfraß durch immer neue Gewerbegebiete auf der GRÜNEN
41 Wiese, die oft nur noch mit Autos zu erreichen sind.

42 Die Versorgung der Menschen soll in Zukunft verstärkt durch von
43 Bürger*innengenossenschaften geführte, zentrumsnahe Läden bzw. Dorfläden
44 geleistet werden, die regionale, ökologische und faire Produkte anbieten. Wir
45 werden in den Kommunen günstige Gewerbeflächen für solche Projekte zur Verfügung
46 stellen.

47 Darüber hinaus wollen wir Investitionen in die Ortskerne verstärken.

48 3.2.2 Neue Wege der Gewerbeflächennutzung

49 Das Ausweisen neuer Gewerbeflächen muss zur Ausnahme werden, die sehr gut
50 begründet sein muss. Wir setzen uns für einen Vorrang des
51 Gewerbeflächenrecyclings vor Neuausweisung ein.

52 Zur Minimierung der Neuausweisung werden wir verstärkt Wege der interkommunalen
53 Kooperation gehen. Wenn dennoch Flächen ausgewiesen werden, muss es auch hier
54 dringend eine konsequente Überwachung der Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen
55 durch die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamtes geben.

A4 4 GRÜNE Landwirtschaft und gesunde Ernährung

Antragsteller*in: Christoph Leikam (KV Roth)

Text

1 4.1 Für eine artgerechte Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

2 (Einschub als Kasten Anfang)Der typische fränkische Familienbetrieb reicht
3 unserem Verständnis nach bis zu einem mit 4,000 Erwerbstunden (ca. 1,7
4 Vollerwerbs-Arbeitskräfte) bewirtschaftbaren Betrieb. Dies entspricht bei uns
5 einem Ackerbaubetrieb bis ca. 150 ha.(Einschub als Kasten Ende)

6 Wir von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wollen den Erhalt der derzeitigen Betriebszahlen
7 durch Förderung der Vielfalt in der Erzeugung heimischer Pflanzenarten und
8 nachgeschalteter regionaler Vermarktung mit fairen Preisen für die Landwirte.
9 Als Selbstverständlichkeit gilt eine artgerechte Tierhaltung und -fütterung mit
10 der Verwendung möglichst selbsterzeugter, heimischer Futterpflanzen, bei der das
11 Lebewesen und nicht das Produktionsverfahren im Vordergrund steht.

12 Dies erreichen wir durch ein Entgegenkommen bei Baugenehmigungen für bäuerliche
13 Familienbetriebe, die ihre Produktion landschaftsverträglich und flächengebunden
14 ausrichten und sich dem Gedanken der Kreislaufwirtschaft verantwortlich fühlen.

15 Wir GRÜNEN im Landkreis Roth setzen uns für eine gemeinsame Resolution der
16 Stadt- und Gemeinderäte sowie des Kreistages für den Erhalt und die Stärkung
17 unserer bäuerlichen Landwirtschaft ein.

18 Aufgrund wachsender Sommertrockenheit unterstützen wir die Winterbegrünung zur
19 Wasser- und Nährstoffspeicherung sowie als Schutz vor Bodenerosion. Nährstoffe
20 gehören ins Feld und nicht ins Trinkwasser!

21 Wir setzen uns ein für gemeinsame Anstrengung zum Erhalt der heimischen
22 Kulturlandschaft und Artenvielfalt durch Landwirte, Umweltverbände, Jäger*innen
23 und Politiker*innen.

24 4.2 Gemeinsam die Agrarwende schaffen

25 Wir wollen die Entwicklung eines „Netzwerkes bäuerlicher Landwirtschaft“,
26 ähnlich der Unternehmerfabrik Roth, die eine Vernetzung von (Bio-)Bauern im
27 Landkreis koordiniert. Dies schafft neue Möglichkeiten der aufeinander
28 abgestimmten Produktion, des gegenseitigen Austausches, der gemeinsamen
29 Vermarktung und der Optimierung der Maschinennutzung. Darüber hinaus organisiert
30 dieses Netzwerk Referent*innen, die den angegliederten Bäuerinnen und Bauern und
31 der interessierten Bevölkerung Unterstützungsmechanismen zur regionalen
32 Vermarktung und zur Umstellung auf Bio an die Hand geben.

33 Die GRÜNEN im Landkreis Roth unterstützen die Idee der Gründung einer
34 Vermarktungs- und Aufbereitungsgenossenschaft, die eine lebensmittelgerechte
35 Lagerung gewährleistet. Auf diesem Weg kann eine zusätzliche Möglichkeit der
36 Regionalvermarktung geschaffen werden, und auch Großabnehmer haben einen
37 zentralen Ansprechpartner und gleichbleibende Qualität. Darüber hinaus kann
38 durch solch eine Genossenschaft die Veredelung regionaler Produkte, inklusive
39 eigener Schlachtung mit Metzgern vor Ort, ermöglicht werden.

40 4.3 gesunde Ernährung

- 41 Wir setzen uns dafür ein, dass der Landkreis Roth und seine Kommunen bis zum
42 Jahr 2030 in allen kommunalen Einrichtungen zu 50% regionale und biologische
43 Nahrungsmittel verwendet.
- 44 Das zu schaffende „Netzwerk bäuerliche Landwirtschaft“ stellt Schulen und
45 Kindergärten Informationsmaterial zu gesunder Ernährung zur Verfügung.
- 46 Der Landkreis Roth erweitert sein VHS-Angebot um Kochkurse für ganzheitliche
47 Gerichte aus regionalen und saisonalen Zutaten und stellt das hier gewonnene
48 Wissen und Material auch anderen Bildungseinrichtungen (Schulen, Kitas) zur
49 Verfügung.

A5 5 Bildung, Jugend und Kultur für Alle

Antragsteller*in: Christoph Leikam (KV Roth)

Text

1 5.1 Chancengerechte Bildung

2 Wir GRÜNEN werden weiterhin dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte nach modernsten
3 pädagogischen und medialen Anforderungen arbeiten können.

4 Wir kümmern uns um ein pädagogisch und didaktisch hochwertiges, flächendeckendes
5 Ganztagesangebot zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies ist die
6 Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung und unterstützt die
7 selbstbestimmte, gleichberechtigte Lebensplanung junger Familien. Dabei gilt es
8 unbedingt, bereits bestehende, gut funktionierende Maßnahmen zu erhalten und zu
9 unterstützen.

10 Wir wollen eine Vernetzung der „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“
11 unter der Federführung des Kreisjugendrings zur Koordinierung und Stärkung der
12 Demokratie- und Toleranzerziehung.

13 Unsere Schulen müssen gesunde Lern- und Lebensräume sein. Daher wollen wir eine
14 Überprüfung alter Schulgebäude nach verbauten möglichen Umweltgiften, sowie
15 regelmäßige Luftschadstoffüberprüfung während des Unterrichts. Es ist auch
16 unbedingt notwendig in vollklimatisierten Schulen die Filteranlagen regelmäßig
17 zu reinigen, um Verunreinigungen der Luft vorzubeugen.

18 Wir machen uns stark für ein breit gefächertes schulisches Bildungsangebot in
19 Grund- und Weiterbildung.

20 5.2 Eine bunte, selbstbestimmte Jugend

21 Wir GRÜNEN im Landkreis setzen uns für eine bessere Ausstattung der Jugendarbeit
22 ein.

23 Wir wollen die Anstellung von Sozialpädagog*innen in allen Gemeinden zur
24 Förderung der aufsuchenden Jugendarbeit.

25 Die Jugendlichen müssen Freiräume erhalten, wo sie sich ungezwungen treffen
26 können. Deshalb wollen wir längere Öffnungszeiten in weitgehend selbst
27 organisierten Jugendtreffs. Die Jugendlichen sind bei der Ausarbeitung und
28 Durchführung von neuen Angeboten von Jugendlichen für Jugendliche zu
29 unterstützen.

30 Insbesondere selbstorganisierte Konzerte und andere jugendkulturelle Events
31 sollen von den Kommunen finanziell und organisatorisch unterstützt werden.

32 Wir GRÜNEN befürworten die Förderung der Vereine, die sich für Jugendarbeit
33 stark machen.

34 5.3 Kultur für Alle

35 Wir GRÜNEN machen uns stark für eine vielfältige, bunte Kulturlandschaft für
36 Alle. Wir wollen Jugend-, Sub- und Hochkultur breit unterstützen, um unseren
37 Landkreis für seine Bewohner*innen noch lebenswerter und für seine Gäste noch
38 interessanter zu machen.

- 39 Insbesondere die Jugend werden wir darin bestärken und unterstützen, eigene,
40 neue kulturelle Feste und Veranstaltungen durchzuführen.
- 41 Mithilfe von Kulturtafeln und Kulturtickets werden wir auch weiterhin finanziell
42 benachteiligten Menschen den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen ermöglichen.
- 43 Wir werden weiterhin lokale Künstler*innen und Kulturprojekte unterstützen,
44 indem wir mit ihnen im Gespräch bleiben und ihnen Möglichkeiten schaffen, ihre
45 Kunst zu präsentieren.

A6 6 Wirtschaft und Finanzen - ökologisch und gemeinwohlorientiert!

Antragsteller*in: Christoph Leikam (KV Roth)

Text

1 6.1 Kommunale Wirtschaftspolitik an nachhaltige Kriterien binden

2 Wir werden durchsetzen, dass bei Aufträgen, die der Landkreis Roth und die
3 Kommunen vergeben, und bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen
4 ökologische, regionale und gemeinwohlorientierte Kriterien beachtet werden. Alle
5 Lieferketten müssen transparent und nachvollziehbar offengelegt werden. Die
6 Grundausrichtung unserer Wirtschaftspolitik ist fair, nachhaltig,
7 ressourcenschonend. Wir unterstützen die Unternehmen bei einer
8 gemeinwohlorientierten Ausrichtung, die die regionale Wertschöpfung in den
9 Vordergrund stellt.

10 Wir unterstützen die Ansiedlung zukunftsfähiger, flächenschonender Betriebe auf
11 recycelten Flächen oder in interkommunalen Gewerbegebieten.

12 6.2 Kommunale Betriebe gestalten die neue Wirtschaft

13 Kommunale Betriebe sollen durch die Erstellung einer Gemeinwohnbilanz aktiv den
14 Weg in eine andere Wirtschaftsform gestalten. Wir entwickeln sie dabei zu
15 zukunftsfähigen Unternehmen, die es den Vätern und Müttern unter ihren
16 Angestellten ermöglicht, Beruf und Familie zu verbinden.

17 6.3 Zukunftsfähige Wirtschaft 4.0 für alle

18 Wir werden Bemühungen der Wirtschaft zur Integration und Inklusion unterstützen
19 und setzen uns für eine völlige Gleichberechtigung in den Betrieben ein.

20 Zum Erhalt und Ausbau der Wirtschaftskraft in unserem ländlich geprägten
21 Landkreis muss der Breitbandausbau auf Glasfaserniveau weiter vorangetrieben
22 werden.

23 Um steigenden Energiekosten entgegenzuwirken, stellen wir unseren regionalen
24 Unternehmer*innen eine umfangreiche und kompetente Beratung zur Verfügung. Eine
25 Energieagentur, die unabhängig in ihrem Wirken für alle Menschen im Landkreis
26 zur Verfügung steht, soll eine aktive Vernetzung zwischen den kommunalen und
27 privaten Betrieben zum Austausch von Best Practice – Erfahrungen herbeiführen.

28 Durch eine umfangreiche schulische Allgemeinbildung und berufliche Bildung
29 sorgen wir für eine ausreichende und qualitativ hochwertige
30 Fachkräfteversorgung.

31 6.4 Nachhaltig Haushalten

32 Die Grundlage unserer Haushaltspolitik ist ein ausgeglichener Haushalt mit
33 klarer ökologisch-sozialer Schwerpunktsetzung, der sich an den Menschen und
34 ihren Bedürfnissen im Landkreis orientiert.

35 Wir wollen im Sinne von Divestment Gelder aus fossilen und unethischen
36 Anlageobjekten zurückziehen und in zukunftsfähige, nachhaltige und ethisch
37 vertretbare Wertanlagen investieren.

38 Durch modernes E-Government vereinfachen wir den Austausch sowohl zwischen
39 Bürger*innen und der Verwaltung, als auch zwischen Unternehmen und Verwaltung
40 und bauen unnötige Bürokratie ab.

Text

1 6.1 Kommunale Daseinsvorsorge stärken

2 Wichtigster Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung ist die Sicherstellung
3 vieler öffentlicher Leistungen für die Bürger*innen. Politische Entscheidungen
4 in der Kommune sind von existentieller Bedeutung für das Wohlergehen der
5 Menschen: Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Kinderbetreuungseinrichtungen,
6 Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Mobilität, Alteneinrichtungen und
7 ambulante Dienste, Feuerwehr, Friedhöfe, Wasser- und Energieversorgung,
8 Müllentsorgung, Öffentlicher Personennahverkehr, Landschaftspflege, all dies
9 sind Aufgaben der Kommunalpolitik, mit denen sie unmittelbar Einfluss auf die
10 Lebensqualität der Bürger*innen nimmt. Die kommunale Trinkwasserversorgung muss
11 erhalten bleiben.

12 6.2 Kinder und Familien ins Zentrum rücken

13 Nur eine kinderfreundliche Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde.
14 Deshalb muss kommunale Familienpolitik einen höheren Stellenwert erhalten. Für
15 eine Kommune ist Kinder- und Familienfreundlichkeit ein wichtiger
16 Standortfaktor. Regionen, denen es nicht gelingt, ein familienfreundliches Klima
17 zu schaffen, haben auf lange Sicht auch wirtschaftlich das Nachsehen. Die
18 Gestaltung eines attraktiven Lebensraumes für Familien mit Kindern sichert die
19 wirtschaftliche, kulturelle, soziale und solidarische Zukunftsfähigkeit einer
20 Kommune.

21 Wir GRÜNEN im Landkreis setzen uns ein für einen flächendeckenden, schnellen
22 Ausbau des Betreuungsnetzes, insbesondere der Kinderkrippen. Die Finanzierung
23 muss die drei Säulen Öffnungszeiten (auch während der Ferienzeiten), Anzahl der
24 Kinder und Qualität ausreichend berücksichtigen und krankheitsbedingte
25 Fehlzeiten des Personals absichern. Die Gruppenstärken wollen wir reduzieren.
26 Für den Betrieb der Kindertagesstätten in den Kommunen ist daher eine deutlich
27 bessere staatliche Förderung notwendig.

28 7.3 Bezahlbaren Wohnraum schaffen

29 Der demografische Wandel, die Erfordernisse der Energiewende und des
30 Klimaschutzes stellen den Wohnungsmarkt und das Mietrecht vor große Aufgaben.
31 Insgesamt ist die Lage in unseren Landkreiskommunen unterschiedlich. So steigen
32 die Mieten und Wohneigentumspreise in einigen Kommunen überdurchschnittlich,
33 während anderswo Wohnraum leer steht. In unserem Landkreis werden viele ältere
34 Menschen bald altersgerechte, barrierefreie und energetisch sanierte Wohnungen
35 suchen, die es bislang kaum gibt. Auch im Landkreis Roth fällt es vielen
36 Familien mit Kindern schwer, bezahlbare Wohnungen zu finden. Wir GRÜNE werden in
37 den Kommunen eine Leerstandskartierung initiieren, den Bestand an sozialem
38 Wohnraum ausbauen, sowie die Verdrängung von Altmietern vermeiden. Wir fordern
39 mehr Mittel von Bund und Land zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Wir
40 unterstützen Bauherrengemeinschaften, Genossenschaften sowie alternative
41 Mehrgenerationen-Wohnprojekte und gemeinschaftliche Wohnformen.

42 7.4 Bürgerschaftliches Engagement: Mitreden, Mitentscheiden, Mitgestalten

43 Eine moderne Kommunalpolitik nutzt die Chancen, die in der Mitsprache der
44 Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Entscheidungen liegen. Es gilt ein Umfeld
45 zu schaffen, in dem ehrenamtliches Engagement begünstigt wird: durch
46 Qualifizierungsangebote für die Ehrenamtlichen, Bereitstellung von Räumen, durch
47 frühzeitige Information, durch Bürgerbefragungen und Bürgerversammlungen. Wir
48 GRÜNE werden die Menschen in den Städten und Gemeinden in kommunale
49 Entscheidungen aktiv einbinden, damit die Bürger*innengesellschaft mit Leben
50 erfüllt wird.

51 7.5 Lebenswert für alle

52 Wir GRÜNE setzen uns für ein Gesellschaftsideal ein, in dem alle Menschen
53 gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben und an allen Aktivitäten
54 selbstverständlich teilhaben können. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die frei
55 von Barrieren, Vorurteilen und Diskriminierungen ist. Soziale Leistungen, ob bei
56 Krankheit, Behinderung oder im Alter sind dezentral und bedarfsgerecht zu
57 gestalten.

58 7.6 Integration gestalten

59 Wir GRÜNE treten ein für die Schaffung von Integrationsbeiräten in den Kommunen
60 und für stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten für die vielen bei uns lebenden
61 Bürgerinnen und Bürger ohne Wahlrecht. Integration und die bessere Förderung von
62 Kindern mit Einwanderungsgeschichte kann nur zusammen mit deren Eltern gelingen.

63 Miteinander leben – voneinander lernen

64 Ein gleichberechtigtes Miteinander von Deutschen und Migrant*innen ist
65 wesentliches Ziel GRÜNER Kommunalpolitik. Ein friedliches Zusammenleben
66 verschiedener Kulturen bereichert unser gesellschaftliches Leben. Wir GRÜNE
67 fordern Integrationsmaßnahmen, Beratung und Deutschkurse. Kindergarten, Schule
68 und Hochschule sollen in besonderem Maße zur Integration beitragen.

69 Demokratie und Teilhabe müssen sich auch an der Wahlurne bemerkbar machen. Wir
70 wollen kommunale Mitbestimmung auch allen Mitbürger*innen aus Drittstaaten
71 ermöglichen. Deshalb setzen wir uns landesweit für ein kommunales Wahlrecht für
72 hier lebende Ausländer*innen aus einem Nicht-EU-Staat ein.

73 7.7 Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit

74 Seit vielen Jahren machen wir uns für eine gelebte Gleichstellung von Männern
75 und Frauen stark. Wir unterstützen Projekte, die konkret auf das Ziel
76 hinarbeiten, Frauen wie Männern eine berufliche Karriere und Familie zu
77 ermöglichen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, Gewalt gegen Frauen als
78 unterschätztes Problem öffentlich zum Thema zu machen und zeitgleich den Frauen
79 einen Schutzraum zu bieten. Hierzu werden wir eng mit Frauenberatungsstellen
80 zusammenarbeiten.

A8 8 Eine Mobilitätspolitik für die Menschen und die Natur

Antragsteller*in: Christoph Leikam (KV Roth)

Text

1 8.1 Mobilität für alle und emissionsfrei

2 Mobilität muss überall im Landkreis auch für Menschen, die auf ein Automobil
3 verzichten wollen oder müssen so gewährleistet sein, dass sie im vollen Umfang
4 am öffentlichen Leben teilhaben können.

5 Wir GRÜNEN im Landkreis unterstützen den Ausbau der S-Bahnlinie 2 bis
6 Hilpoltstein und die damit verbundene Elektrifizierung der Strecke Roth-
7 Hilpoltstein. Doch bereits jetzt können Verbesserungen auf dieser Strecke
8 erfolgen. Wir fordern bereits jetzt einen Stundentakt von ca. 5:00 Uhr bis 24:00
9 Uhr von Montag bis Sonntag. Darüber hinaus wird die stündliche Anbindung des
10 südlichen Landkreises möglichst mit emissionsfreien Bussen an den Bahnhof
11 Hilpoltstein angestrebt. Wir favorisieren dabei ein Modell von Expressbussen,
12 deren Haltestellen durch Rufbusse bedient werden.

13 Ergänzend zu einem funktionstüchtigen ÖPNV, der den ländlichen Raum und das
14 Ballungsgebiet Nürnberg verbindet, muss die Infrastruktur für E-Carsharing,
15 Pedelecs und normalen Radverkehr, sowie für Fußgänger*innen verbessert werden.
16 Insbesondere regengeschützte Fahrradparkplätze und Fahrradgaragen an allen
17 Bahnhöfen und wichtigen Bushaltestellen sollen neu- und ausgebaut werden.

18 Wir machen uns stark für eine freie Fahrt für junge Leute bis zum 18. Lebensjahr
19 im Landkreis und stark vergünstigte Tickets für Studierende, Auszubildende,
20 Rentner*innen und finanziell Schwächere.

21 8.2 Erhalt statt Neubau

22 Wir wollen auf den Bau neuer Straßen verzichten. Für uns GRÜNE haben
23 Instandhaltung und Optimierung vorhandener Verkehrswege absolute Priorität.
24 Dabei sollen Alleen erhalten bleiben und Fahrbahnverbreiterungen die Ausnahme
25 sein. Zur Erhöhung von größerer Fahrsicherheit sind Geschwindigkeitsbegrenzungen
26 kostengünstiger, umweltverträglicher und effektiver als bauliche Maßnahmen.

27 8.3 Mit dem Rad in die Zukunft

28 Wir wollen den Anteil der Radfahrer*innen am Verkehr sowohl in den Gemeinden als
29 auch zwischen den Gemeinden deutlich erhöhen. Dafür sind eine fahrradfreundliche
30 Verkehrsplanung, eine konsequente Radverkehrsförderung und eine integrierte
31 Radwegeplanung über Gemeindegrenzen hinweg notwendig. Fahrradfahren wird durch
32 ein durchgehendes Netz an Haupt- und Nebenrouten sowie ausreichende und
33 geeignete Abstellflächen attraktiver.

34 8.4 Gemeinsam sind sie stark

35 Die Zukunft der Mobilität liegt in der intelligenten Kombination von
36 Verkehrsmitteln. Moderne Apps sind in der Lage, für jede Bewegung von einem Ort
37 zum anderen die individuellen Verkehrsmittel zusammenzustellen. Eine Vernetzung
38 von Fuß, Rad, E-Carsharing und ÖPNV muss keine Zukunftsmusik sein und kann schon
39 bald durch autonomes Fahren ergänzt werden. Wir GRÜNEN wollen, dass unsere
40 Gemeinden und unser Landkreis hier Vorreiter sind. Wir werden gemeinsam mit

- 41 Expert*innen neue, vernetzte Mobilitätskonzepte für unseren Landkreis
42 entwickeln.
- 43 Für die gerade im ländlichen Bereich notwendigen Fahrten mit privaten E-PKWs
44 werden wir die Ladeinfrastruktur verbessern.